

Kamen, 7.12.2023

Rede zum Entwurf des Haushalts 2024

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, und alle dazwischen und außerhalb,

„Die Ruhe vor dem Sturm“ – mit diesem Zitat einer großen deutschen Tageszeitung begann ich im letzten Jahr meine Haushaltsrede.

Jetzt ist der Sturm für den Kamener Haushalt ausgebrochen.

Nachdem der Plan für den diesjährigen Haushalt noch mit einem „Plus“ von nahezu einer Million Euro abschloss, sagt der Kämmerer für nächstes Jahr ein deutliches Minus voraus.

Das wirft die Frage auf: Kann man einem Haushalt, der mit einem enormen Defizit von 9,5 Millionen Euro abschließt, zustimmen?

Die Ursachen für das Defizit hat schon der Kämmerer bei der Einbringung des Haushalts dargelegt. Aktuell sind das:

- Der enorme Anstieg der Energiekosten wird den Betrieb kommunaler Gebäude (Kita, Schulen, Rathaus, Bürger- und Jugendzentren) und Dienstleistungen verteuern.
- Dazu kommt die hohe Inflationsrate, die die Sachausgaben und Investitionskosten in die Höhe treibt.
- Die starke Erhöhung der Kreisumlage

Der Hauptgrund ist aber, dass die Kommunen seit vielen Jahren strukturell unterfinanziert sind. Bund und Land weisen ihnen immer neue Aufgaben zu, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen.

Beispiele aus dem Haushalt:

Kitas

Zuweisungen vom Land: 10 Mio. €

Elternbeiträge: 1,26 Mio. €

Ausgaben an die Träger und an sog. Tagesmütter: 19,36 Mio. €

Mit allen anderen Ausgaben führt das zu einem Gesamtergebnis von minus 10,7 Mio. € im Haushalt.

Flüchtlinge: rund 600.000 € mehr Ausgaben als Einnahmen,

OGGS: rund 800.000 € mehr Ausgaben als Einnahmen,

Hilfen für junge Menschen und ihre Familien: minus 13 Mio. €

Allein an Einrichtungen zahlt die Stadt 9,2 Mio. €

Deutlich mehr Geld muss die Stadt für erweiterte Aufgaben im **Kinder- und Jugendschutz** aufwenden. Das Defizit im Bereich Kinder- und Jugendarbeit steigt um ca. 450.000 €.

Was in den nächsten Jahren durch die garantierte Kita-Plätze und durch die garantierte kostenlose Ganztags-Grundschule noch auf uns zukommt, lässt an einem langfristigen Haushaltsausgleich zweifeln.

Schauen wir einige Etagen höher:

Was macht der Bund?

Auch der Bund ist – was den Haushalt betrifft – in großen finanziellen Schwierigkeiten: Buchungstricks wurden von Gerichten zurückgepfiffen, der Rüstungshaushalt steigt exorbitant und auch neue Autobahnen werden gebaut. Dazu kommen auch für den Bund gestiegene Kosten für Personal, Energie und Sachkosten.

Trotzdem soll – so der vor einigen Wochen vorgelegte, inzwischen aber zurückgezogene, erste Entwurf für 2024 – in vielen Bereichen enorm gekürzt werden: Gesundheit, Entwicklungshilfe (heißt seit einigen Jahren wirtschaftliche Zusammenarbeit), Bildung und Familie, Wohnen und Bauen.

Und jetzt kommen noch die 60 Milliarden, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für 2023 fehlen. Finanzminister Lindner will diese durch Kürzungen in den Bereichen Soziales, Entwicklungshilfe und Umwelt eingespart werden.

Welche Grausamkeiten der Bundeshaushalt 2024 den Menschen zumutet, bleibt abzuwarten.

Dabei erfüllt die Bundesregierung die Klimaschutzziele in den Bereichen Verkehr und Gebäude schon jetzt nicht - so ein aktuelles Urteil des OVG Berlin-Brandenburg. Ein desaströses Zeugnis für eine Bundesregierung, an der auch die Grünen beteiligt sind.

Mit den Streichen für Steuervorteilen für Dienstwagen, Diesel und Kerosin (und einem Tempolimit) könnten einerseits Gelder eingespart werden und andererseits etwas für den Klimaschutz getan werden.

Wieder zurück zu Kamen:

Was macht Kamen?

Kamen setzt quasi das Gegengewicht zu den geplanten Einsparorgien der Bundesregierung

Kinderarmut: die Bundesregierung verabschiedet sich von ihrem ambitionierten Konzept zur Kindergrundsicherung – die Stadt Kamen veranstaltet eine Präventionskonferenz zur Kinderarmut und sucht Wege, ihre Kinder zu unterstützen.

Der Bund kürzt die Mittel für politische Bildung und vor allem für Beratungsstellen und Initiativen gegen Rechts – die Stadt Kamen steckt

mehr Geld in die offene Jugendarbeit, die Jugendzentren bleiben geöffnet, eine pädagogisch und auch politisch-pädagogische Kinder- und Jugendarbeit werden geleistet.

Der Bund kürzt die Mittel für Kultur, die Stadt Kamen erhöht im Rahmen der gestiegenen Kosten die Etatposten für kulturelle Veranstaltungen, VHS, Musikschule, Stadtbücherei, für das Haus der Stadtgeschichte und den Unterhalt der Sportanlagen.

Damit verbunden ist auch, dass wir als Stadt hier Hebel in der Hand halten, arme Menschen an Kultur und Sport zu beteiligen.

Auch die Kamener Schulen sind – verglichen mit Schulen andere Kommunen – gut ausgestattet. 12,39 Mio. € aus eigenen Mitteln wende die Stadt für ihre Schulen auf, das sind 2765 € pro Schüler*in und Jahr. Am Rande sei erwähnt: am meisten Pro-Kopf sind es nach der Hauptschule für die Grundschulen.

Dazu kommen die Städtepartnerschaften, die Gedenkveranstaltungen an die Opfer des Nationalsozialismus und die von der Stadt umgesetzte Aktion des Integrationsrates „10 plus 1 Bäume für die Opfer des NSU“.

Und ohne dass die Öffentlichkeit davon groß Notiz nahm, gelang in interkommunaler Zusammenarbeit die Sicherung der Verbraucherberatung und der Werkstatt Unna – wichtige Einrichtungen in Zeiten der Verteuerung von Energie und der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften.

Nicht alles ist vorbildlich!

Ein wirksames Konzept gegen die vielen Leerstände in der Innenstadt ist nicht gefunden – oder – kann vielleicht auch nicht gefunden werden.

Die Planungen zum Umbau des Gymnasiums wurden eher intern geregelt, der Schulgarten spielte keine Rolle – das vorgestellte Gutachten war eher eines, das zwischen Umwelterhalt und Schulumbau abwägte.

Und auch die Energiewende ist in Kamen kaum zu sehen: Photovoltaik trotz immenser Flächen auf Flachdächern bleibt noch die Ausnahme.

Das Vorgehen gegen Schottergärten und Betonflächen erscheint eher vorsichtig, als dass man „klare Kante“ zeigt.

Es fehlen Elektro-Car- oder Car-Sharing-Angebote, die Pflicht, auch private Dachflächen zu begründen und/oder für Fotovoltaik zu nutzen, Bürgerbusse, eine sinnvolle öffentlichen Parkraumbewirtschaftung auch für den Schwerlastverkehr und mehr Fahrradstraßen.

Immerhin steigen sowohl die Personalaufwendungen für den Umweltschutz leicht an und es sind 362.000 € für „Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen“ im Produkt „Umweltmanagement“ vorgesehen – eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr, um neben der Kommunalen Wärmeplanung vielfältige Maßnahmen und Aktion umzusetzen.

Problembereich Wohnen

In den letzten 8 Jahren sind in Kamen keine Sozialwohnungen mehr gebaut worden, stellte das Planungsbüro „Plan lokal“, das an der Erstellung des Handlungskonzepts Wohnen beteiligt ist, fest. Die Folge: Die Anzahl preiswerter Wohnungen wird in den nächsten Jahren zurückgehen. Was fehlt, ist ein festgeschriebener Anteil von Sozialwohnungen bei den Planungen von neuen Baugebieten. In diesem Bereich wird unsere Fraktion im nächsten Jahr auch parlamentarisch aktiv werden.

Hier ist auch die UKBS gefordert, die sich in diesem Bereich in den letzten Jahren arg zurückgehalten hat. Doch wer jetzt den kommunalen Wohnungsbau insgesamt infrage stellt – wie es die Kreis-CDU getan hat – der will einfach weiter privatisieren, ohne Rücksicht auf Menschen mit wenig Einkommen. Man muss sich nur die Probleme von Mieter*innen der LEG ansehen, 2006 privatisiert von der CDU-FDP-Landesregierung.

Ebenso ist die VKU im Rahmen der ökologischen Verkehrswende unverzichtbar.

Kommunaler Wohnungsbau, Verkehrsanbindungen, kommunale Energieunternehmen, Wasserversorgung gehören zur Daseinsvorsorge für die Menschen. Durch die Gelder, die die Stadt in kulturelle, sportliche und schulische Einrichtung steckt, wird auch die Demokratie gestärkt.

Man kann das vor allem an den Landesteilen erkennen, in denen die rechtsextreme AfD hohe Prozente bekommt. Hier verschwanden nach 1990 mehr die durch die öffentliche Hand betriebenen Einrichtungen und niemand merkte mehr, was „der Staat“ für jeden persönlich leistet.

Dazu kommt, dass gerade in diesen Gebieten überproportional viele Menschen im sog. Niederlohnsektor bei einem Stundenlohn von unter 14 € arbeiten.

Soziales

Laut dem letzten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands mussten im Jahr 2022 in Deutschland 14,1 Millionen Menschen zu den Einkommensarmen gerechnet werden.

Die Armut unter Kindern und Jugendlichen betrug 21,3 % - auch das ein neuer Höchststand. In Kamen lebt ungefähr jedes 6. Kind in Armut. Mehr als die Hälfte der „armen Kinder“ leben bei Alleinerziehenden (natürlich vor allem Mütter)

Fast 10 % der Menschen im Kreis Unna sind überschuldet. Rechnet man das auf die Einwohner hoch, so sind fast 40.000 Menschen betroffen.

Die Verbraucherberatung hat jetzt einmal wöchentlich mit einer Beratung zu Stromsperrungen zu tun – früher waren das nur ein paar Gespräche im Jahr.

Doch die soziale Not, auf die jetzt vor allem Politiker*innen rechter Parteien mit weiteren Kürzungen reagieren wollen, hat eine Kehrseite.

Schon im letzten Jahr habe ich Brecht zitiert, bei dem der arme Mann zum reichen Mann sagt: „Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

Während Kinderarmut immer Elternarmut ist, wird Reichtum vor allem vererbt. Zwischen April 2022 und April 2023 sind weltweit 137 Menschen zu Milliardär*innen geworden, davon hatten 53 nichts dafür geleistet, sie hatten ihre Milliarden einfach nur geerbt.

Großerb*innen zahlen in Deutschland kaum Steuern. Zahlen der Bundesregierung zeigen: Je höher das geerbte Vermögen, desto geringer die Steuerlast. So werden auf Erbschaften und Schenkungen von Vermögen über 20 Millionen Euro durchschnittlich nur 3 Prozent Steuern fällig, auf kleine Vermögen dagegen bis zu 30 Prozent. Die Erbschaftsteuer trifft die Falschen - nämlich die Mittelschicht - und nicht die Superreichen.

Das Netto-Privatvermögen beträgt zurzeit 15,4 Billionen € (mit einem Zuwachs von 14.907 € pro Sekunde). Davon besitzen die reichsten 10 Prozent 11,4 Billionen €.

Wo kann die Stadt steuern?

Die Probleme der sozialen Ungleichheit und der notorischen Unterfinanzierung der Kommunen kann unser Haushalt nicht lösen. Gefordert sind hier die Bundesregierung und die Landesregierung.

Finanziell relevant nur bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer.

Die Gewerbesteuer auf die Gewinne der Unternehmen erhoben. Für Kämmerer ist das natürlich eine Einnahmequelle, die in ihrer Höhe variieren kann. Auch die Angst vor Abwanderung oder Nichtansiedlung schwingt sicherlich mit. Würde die Gewerbesteuer um nur 20 Punkte, also auf das Niveau von Lünen oder Schwerte erhöht werden, würde das bei der diesjährigen Summe Mehreinnahmen in Höhe von fast 1 Million € bedeuten.

Grundsteuererhöhungen werden von den Vermietern über die Nebenkostenabrechnungen auf die Mieter weitergegeben. Damit sind vor

allein die Menschen betroffen, deren Einkommen knapp über dem des Bürgergelds liegt und die für die besonders stark von der Preissteigerung betroffenen Lebensmittel und für Energie schon jetzt viel mehr Geld ausgeben müssen.

Jedes Jahr verweisen wir hier darauf, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, laufende und Zukunftsaufgaben meistern zu können. Dafür sind ihnen durch Bund und Land ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Da hätten Bund und Land genug Möglichkeiten, für höhere Steuereinnahmen zu sorgen, damit die „soziale Schlagseite“ der Kommunen ausgeglichen werden kann:

- durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer,
- durch eine progressiv ausgestaltete Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer,

(Zitat der saarländischen Ministerpräsidentin Anke Rehling (SPD) vom Wochenende: „Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass unser Steuersystem extrem hohe Einkommen und Erbschaften nicht gerecht besteuert, dafür kleine und mittlere Einkommen zu stark.“)

- durch eine Wiederanhebung des Steuerverbundsatzes – das ist quasi der Anteil der Kommunen an den Landessteuern – von 23 auf 28 %, wo er in den 90er Jahren stand.
- durch eine Übernahme der „Erträge“ nach dem NKF-COVID19-Ukraine-Isolierungsgesetz durch das Land. Sonst würden diese durch Buchungstricks entstandenen Erträge von ca. 20 Millionen Euro über 50 Jahre abschreiben müssen.

Außerdem müssen – gerade vor dem Hintergrund steigender Zinsen – ein Entschuldungsprogramm für Kommunen her.

Das vom Land vorgeschlagene und dann schnell zurückgezogene war doch eher ein übler Scherz nach dem Motto: wir entschulden die Kommunen mit den Geldern, die ihnen sowieso gegeben werden sollten.

Vom Bund ist nichts zu hören.

Wir sind immer noch der Meinung, dass unsere Vorschläge gut und gerecht sind. Doch wann kommen die für uns in Kamen und für viele andere Kommunen nötigen Aktivitäten?

Bund, Land und vor allem die Kommunen können es sich einfach nicht mehr leisten, große Unternehmen und die Reichsten in unserem Land mit Niedrigsteuern davon kommen zu lassen.

Zum Schluss

Die Fraktion DIE LINKE / GAL stimmt dem Haushalt zu.

Es gilt das gesprochene Wort.